



WOCHENSCHRIFT DES ARCHITEKTEN-VEREINS ZU BERLIN

HERAUSGEGEBEN VOM VEREINE

Erscheint Sonnabends u. Mittwochs. — Bezugspreis halbjährl. 4 Mark, postfrei 5,30 Mark, einzelne Nummer von gewöhnl. Umfange 30 Pf., stärkere entspr. teurer
Der Anzeigenpreis für die 4gespaltene Petitzelle beträgt 50 Pf., für Behörden-Anzeigen und für Familien-Anzeigen 30 Pf. — Nachlaß auf Wiederholungen

Nummer 6

Berlin, Sonnabend den 11. Februar 1911

VI. Jahrgang

Zu beziehen durch alle Buchhandlungen, Postämter und die Geschäftsstelle Carl Heymanns Verlag in Berlin W. 8, Mauerstr. 43.44

Alle Rechte vorbehalten

Entwurf zu einem Billettschalter

Wettbewerb im Architekten-Verein zu Berlin mitgeteilt vom Regierungsbaumeister Paul Drescher

Aufgabe: Entwurf zu einem Billettschalter. Für die Vermietung der Säle im Architektenhause hat sich das Vorhandensein eines oder mehrerer fahrbarer, geschlossener Billettschalter als wünschenswert herausgestellt. Ein

solcher Schalter ist zu entwerfen. Breite 1,20 m, Tiefe 1,3 m, Höhe 2,20 m. Auf praktische Anordnung des Innern wird Wert gelegt. Verlangt wird 1 Grundriß, 2 Schnitte, Vorderansicht, Seitenansicht i. M. 1:10.

Zu den eingegangenen 10 Entwürfen ist folgendes zu bemerken:

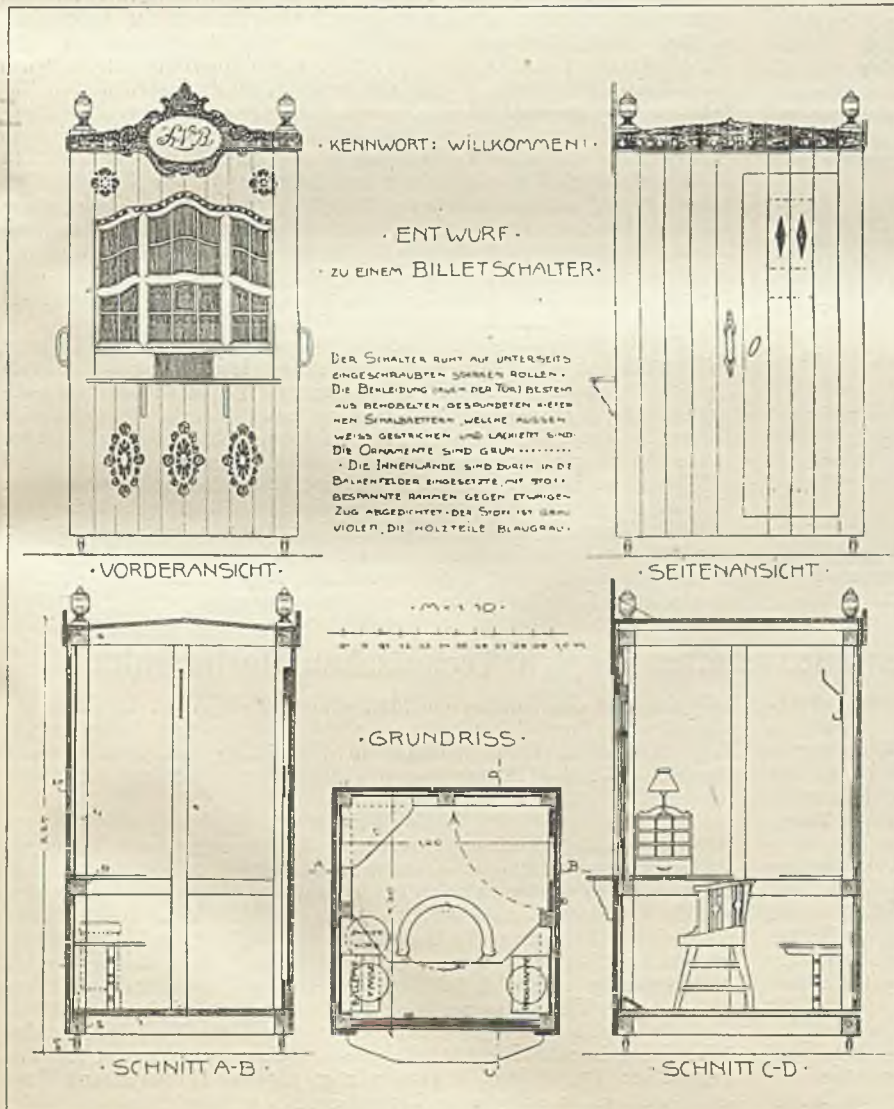
1. Motto „Kugelrolle“. Die Regal- und Schrankeinbauten engen den Arbeitsraum übermäßig ein. Die Tischplatte ist mit 0,25 m zu schmal bemessen. Das Äußere ist sachlich und klar, aber reizlos aufgebaut und gegliedert. Ornament und Schrift sind nicht einwandfrei.

2. Ausverkauft I. Bis auf Tischplatte und Schalterfenster, die zu klein gewählt sind, ist die Inneneinrichtung praktisch und geräumig. Da auf die Ausbildung der Rückseite verzichtet wurde, ist die Aufstellungsmöglichkeit des Schalters beschränkt. Als störend wird der weit ausladende Deckel empfunden, und dem schweren Dachaufbau, der die vorgeschriebene Höhengrenze weit überschreitet, fehlt die innere Berechtigung.

3. „Oktober“. Der Schalter kann nur frei aufgestellt werden, weil die Rückseite die Tür enthält; trotzdem ist sie unausgebildet geblieben. Die Regale liegen in der Zone unterhalb der Tischplatte nicht glücklich. Der Verfasser zerstört die Einheitlichkeit des Aufbaues durch die übermäßig betonte Trennung in Unterteil und Aufsatz und deren verschiedenartigen Gliederung. Willkürlich wirkt die Verteilung von Rahmen und Füllungen des Unterteils. Der obere Abschluß ist gekünstelt.

4. „Billettschalter“. Die Schwierigkeit, bei Anordnung der Tür in der Vorderseite die Arbeitsplatte groß genug zu gestalten, ist nicht gelöst. Mit Recht verzichtet der Verfasser darauf, den Schalter oben durch eine Decke abzuschließen. Dem sachlichen aber trockenen Entwurf fehlt die liebevolle Durchbildung der Einzelheiten.

5. „Ausverkauft II“. Abgesehen von den zu knappen Maßen der inneren Tischplatte und des Schalterfensters ist die Einrichtung wohldurchdacht und zweckmäßig, besonders gelungen das breite äußere Zahlbrett mit dem erkerartigen Anbau der Schalterfläche. Als verfehlt muß



dagegen der vierkantige Gesimsaufbau auf dem bewegten Grundriß bezeichnet werden. Auch die Einfügung der Uhr in die Friesfläche ist nicht bewältigt.

6. „Parkett Fauteuil“. Die Einrichtung ist einwandfrei, nur die Tischplatte reichlich klein. Befremdend wirkt die umständliche Konstruktion der Ecken und der schwerfällige Maßstab der Gliederungen.

7. „Caruso“. Die reichlich durchdachte Einrichtung und die schlichte gut abgewogene Gestaltung des Aeußeren mit den stark abgerundeten Ecken geben dem Entwurf ein eigenartiges Gepräge. Daß die nebensächliche Eingangstür und nicht die Schalterseite mit dem einzigen, wenn auch bescheidenen Schmuck bedacht wurde, ist nicht begründet. Ob eine zu den Räumen des Architektenhauses passende Formensprache getroffen ist, erscheint fraglich.

8. „Willkommen“. Abweichend von allen anderen Entwürfen ist hier die Ausführung in derber Zimmermannsarbeit mit gespundeter, weißgestrichener und grün bemalter Außenseite gedacht. Darum mag der Entwurf für einen Biergarten oder eine Ausstellung geeignet sein, aber nicht für das Archi-

tektienhaus. Aber davon abgesehen, ist die Aufgabe klar erfaßt, liebevoll durchdacht, folgerichtig und frisch entwickelt.

9. „Vortragsabend“: Die Einrichtung ist einwandfrei, dem Entwurf fehlt aber jede über das Handwerksmäßige hinausgehende künstlerische Eigenschaft.

10. „Ausverkauft III“. Die Schalterfläche wurde nischenförmig nach innen gezogen, dadurch hat der Verfasser eine geschickte Anordnung der Inneneinrichtung erzielt. Bedenken erregt nur der weite Abstand zwischen der Hinterkante der unbequem geschweiften Tischplatte und der Vorderkante des Sitzes. Leider ist es dem Verfasser nicht gelungen, die gute Grundrißanordnung im Aufbau zur Geltung zu bringen. Störend wirken die verschiedenen Höhenlagen der wagerechten Mittelfrise der verschiedenen Seiten.

Es wurde beschlossen, dem Verfasser des Entwurfs mit dem Motto „Willkommen“ ein Vereinsandenken zuzuerkennen. Der Beurteilungsausschuß bedauert lebhaft, daß keine Lösungen eingegangen sind, die dem A.V. zur Ausführung hätte empfohlen werden können.

Als Verfasser des Entwurfs „Willkommen“ wurde Herr Regierungsbauführer Otto Schilling in Potsdam ermittelt.

Materialien für Wand- und Fußbodenbekleidung — Glasmosaik in Putzflächen Preßputzverfahren

vom Baurat Bürde

Im Architekten-Verein berichtete Herr Baurat Bürde als Vorsitzender des Ausschusses für technische Neuheiten:

Es sollen einige neuere Materialien, die zur Wand- und Fußbodenbekleidung dienen, vorgeführt werden, zunächst Fabrikate der Firma Gebr. Friesecke in Berlin. Herr Tietze hatte bereits in der Sitzung vom Mai uns verschiedene Erzeugnisse dieser Firma vorgeführt, bei denen es sich jedoch um einen Kunstmarmor handelte, der aus Marmor bzw. Portlandzement unter Zusatz von verschiedenen Farbstoffen die Struktur und Farbgebung des Marmors nachahmte. Bei den heute hier vorgeführten Probeplatten ist auch Portlandzement das Bindemittel, dem jedoch klein gebrochene Abfallstücke des natürlichen Marmors zugesetzt sind. Die Platten werden in Formen gepreßt und dann abgeschliffen und geben nun die schönen tiefen Farbtöne des natürlichen Marmors wieder. Es handelt sich bei dieser Vorführung um erste Versuche, die noch nicht überall die Struktur natürlichen Marmors in vollem Maße erreicht haben, die aber doch schon schöne Wirkungen erzielen und zu einem Weitergehen auf dem beschrittenen Wege ermutigen.

Sodann ist hier eine Anzahl Platten ausgestellt, in die schmale Frieße mosaikartig aus kleinen Marmorstücken an den Rändern eingepreßt sind, während der übrige Teil eine gleichmäßige granitartige Musterung zeigt. Bei einer Zusammensetzung der Platten ergibt sich nun entweder ein umlaufender Fries um den ganzen Raum oder eine gleichmäßig verteilte Musterung über die ganze Fläche.

Einige Beispiele eines neueren Dekorationsverfahrens, um Ornamente in Glasmosaik in die Putzfläche einzulegen, sind hier von der Glasmosaik-Anstalt Wiegmann in Charlottenburg, Charlottenburger Ufer 9, ausgestellt. In größerem Umfange ist von diesem Verfahren neuerdings beim Bau des Ida Simon-Pavillons der Universitäts-Frauenklinik durch Herrn Brüstlein für Deckenrosetten und Supraporten Gebrauch gemacht.

Der Unterschied gegen die sonstige Anwendung des Glasmosaiks besteht darin, daß beim Glasmosaik größere Flächen in dieser Technik hergestellt werden, während hier nur das jeweilige Ornament aus opaleszenten Glaswürfeln hergestellt und mit der Putzfläche bündig

eingelassen wird. Man klebt dabei die Glasstücke mit der Schauseite auf Papier, nach der auf dem Papier befindlichen Zeichnung und setzt das Ornament stückweise mit einem frischen Mörtelblatt in die Putzfläche ein. Das Papier wird sodann erweicht und abgezogen. Es läßt sich durch geschickte Auswahl der Farben, durch Linien in Goldmosaik usw. eine zierliche reizvolle Wirkung erzielen, doch ist das Verfahren mehr für Innendekoration zu verwenden, da im Freien durch die großen Wärmeunterschiede, denen das Mosaik ausgesetzt ist, im Laufe der Zeit eine Lockerung der Glasstückchen eintreten kann.

Endlich ist hier eine Anzahl Proben des Preßputzverfahrens ausgestellt, die von der Kunst-Plastik-Gesellschaft in Frankfurt a. Main und Offenbach hergestellt sind. Die Herstellung geschieht folgendermaßen: Auf einem Unterputz oder einer Betonfläche wird, sobald dieselben etwas abgezogen haben, der Preßputz, dessen Zusammensetzung Fabrikgeheimnis ist, wie jeder andere Mörtel angebracht. Auf diesen Putz wird sodann der vorher mit Oel bestrichene Stempel, der aus einer kautschukartig biegsamen Masse besteht und das Relief, welches man auf die Fläche bringen will, als Negativ zeigt, aufgelegt und mit einem Spachtel sorgfältig auf der Rückseite abgestrichen, bis sich das Relief in dem Putz scharf ausgeprägt hat. Soll das Muster über eine größere Fläche aufgebracht werden, so wird der Stempel abgenommen, neben die erstbehandelte Strecke mit einer kleinen Ueberdeckung gelegt und so wie vorher weitergearbeitet, bis die ganze Fläche mit dem Muster bedeckt ist.

Der Putz bindet ziemlich schnell ab und erhärtet in 6—8 Tagen vollständig und kann dann mit jeder Farbe behandelt werden. Er verbindet sich gut mit dem Untergrunde und ist gegen äußere Beschädigungen und gegen Wasser und Dämpfe unempfindlich. Da das Relief bis zu 2—3 cm Tiefe ausgeführt werden kann, lassen sich damit dekorative Wirkungen der verschiedensten Art erzielen.

Das Quadratmeter dieses Putzes wird bei einfacher Musterung von 4,50 M. an ausschl. Unterputz und Farbenbehandlung geliefert.

Der Vertreter der Gesellschaft, Herr Herrmann, läßt sodann zur Erläuterung des Verfahrens eine Putzprobe mit einem aufgelegten Stempel bearbeiten und macht ersichtlich, in wie kurzer Zeit dadurch eine scharfe Reliefbehandlung der Fläche herzustellen ist. Bürde

Rechts-, Staats- und Wirtschaftswissenschaften an den Technischen Hochschulen

Wie allgemein bekannt, hat der Verband deutscher Architekten- und Ingenieur-Vereine im Frühjahr 1910 eine Denkschrift an alle in Frage kommenden Ministerien der Bundesstaaten versandt, in der er gebeten hat, die Rechts-, Staats- und Wirtschaftswissenschaften als Lehrfächer an den Technischen Hochschulen mehr als bisher zu pflegen, ihnen eine feste Stellung im Unterrichtsbetriebe einzuräumen und sie auch in die Reihe der Prüfungsfächer aufzunehmen.

Die Hochschulen beschäftigen sich augenblicklich auf Veranlassung ihrer Ministerien mit der Frage, ob und wie den Wünschen des Verbandes entsprochen werden kann. Die Technische Hochschule zu Karlsruhe hat dem Großherzogl. Ministerium der Justiz, des Kultus und Unterrichts im Dezember 1910 hierüber Bericht erstattet. In diesem Bericht, der in den Kreisen der Techniker allgemeines Interesse finden wird, heißt es wörtlich:

„Die Vorschläge des Verbandes deutscher Architekten- und Ingenieurvereine wegen des Unterrichts in den Rechts-, Staats- und Wirtschaftswissenschaften an den Technischen Hochschulen haben den Gegenstand wiederholter und eingehender Beratungen der Abteilungs-

kollegien und des Senates gebildet, ohne daß es jedoch zu einem abschließenden Ergebnis gekommen wäre. Rektor und Senat können daher Großherzogl. Ministerium in Erledigung des Erlasses vom 19. Mai d. J.: B 6112 nur über den gegenwärtigen Stand der Angelegenheit berichten:

I. Vorlesungen.

Die von dem Verband gewünschten Vorlesungen und Übungen sind an unserer Hochschule bereits im wesentlichen vorhanden; denn die kleinen Abweichungen an Stundenzahl und Verteilung der Stunden auf die einzelnen Semester fallen nicht ins Gewicht. Infolgedessen ist bei der Abteilung für Ingenieurwesen das Ausmaß des vorgelegten Stoffes sogar etwas reicher gehalten; die Abteilung würde jedoch geneigt sein, sich bei dem Betrieb des Unterrichtes den Vorschlägen des Verbandes anzupassen. In dem Studienplan der Abteilung für Architektur fehlen noch die gewünschten Vorlesungen über öffentliches Recht. Die Abteilung steht ihrer Aufnahme freundlich gegenüber; da sie jedoch gegenwärtig mit der Umgestaltung ihres Studienplanes im Sinne einer Vereinfachung und Vertiefung beschäftigt

ist, ist sie nicht in der Lage sich schon jetzt darüber zu äußern, ob die Aufnahme des Faches möglich sein wird.

Ein erheblicher Unterschied zwischen den Vorschlägen des Verbandes und den Studienplänen der Abteilungen für Architektur- und Ingenieurwesen besteht darin, daß bei uns die Hauptvorlesungen über Rechts-, Staats- und Wirtschaftswissenschaften in das dritte und vierte Semester gelegt sind, während sie der Verband in das erste und zweite Semester legen will. Gogen eine Verlegung sind seitens der Abteilung für allgemeine Wissenschaften folgende Bedenken erhoben worden:

1. Die Abhaltung der Vorlesungen im zweiten Studienjahr hat sich durchaus bewährt, und es liegt daher, soweit es den Unterrichtsbetrieb selbst angeht, kein Grund zu einer Aenderung vor.

2. Das erste Studienjahr ist schon so stark mit Vorlesungen und Übungen belastet, daß eine Vermehrung der Stundenzahl unmöglich ist.

3. Wenn man aber auch vielleicht einige weniger wichtige Fächer in das zweite Studienjahr verlegen könnte, so würde doch durch die Aufnahme der wichtigen Vorlesungen über Rechts-, Staats- und Wirtschaftswissenschaften das Interesse der Studierenden zersplittert und von den grundlegenden Vorlesungen über höhere Mathematik, darstellende Geometrie und Physik abgelenkt werden.

4. Endlich zeigt die Erfahrung, daß die Studierenden gerade in dem ersten Jahrgang für Betrachtungen juristischer und national-ökonomischer Natur noch nicht reif sind, daß sich vielmehr der Sinn dafür erst allmählich entwickelt.

II. Prüfungen.

In der Abteilung für Architektur gelten gegenwärtig bei der Hauptprüfung die Fächer:

- a) Grundzüge der Rechtswissenschaft,
- b) Volkswirtschaftslehre

als Wahlfächer. Dagegen ist bei der Abteilung für Ingenieurwesen

das Fach: Volkswirtschaft, Pflichtfach der Hauptprüfung; Rechtswissenschaft fehlt gänzlich.

Nach den Vorschlägen des Verbandes soll über die beiden Fächer: Volkswirtschaftslehre und Grundzüge der Rechts-, Staats- und Verwaltungskunde auf Grund der im ersten Studienjahr zu hörenden Vorlesungen in der Vorprüfung ein Examen abgehalten werden und zwar sowohl bei den Architekten als auch bei den Bauingenieuren. Außerdem aber sollen die Bauingenieure in der Hauptprüfung über die im dritten und vierten Studienjahre gehörten Vorlesungen aus denselben beiden Fächern examiniert werden. — Während die Abteilung für Architektur ihre Stellung zu diesen Vorschlägen von dem Ergebnis ihrer Beratungen über die Umgestaltung des Studienplanes abhängig machte, hatte sich die Abteilung für Ingenieurwesen mit den Vorschlägen des Verbandes einverstanden erklärt. Die Allgemeine Abteilung hat sich aber mit aller Entschiedenheit gegen eine weitere Vermehrung der Prüfungsfächer in der schon arg überlasteten Vorprüfung ausgesprochen und im besonderen geltend gemacht, daß die Ergebnisse des Unterrichts schon jetzt unter dieser Überbelastung der Studierenden zu leiden haben. Seitens der Abteilung für Ingenieurwesen ist darauf zugegeben worden, daß die Aufnahme neuer Fächer in die Vorprüfung nur in Verbindung mit einer durchgreifenden Umgestaltung der Prüfungsordnung möglich sei; in Beratungen hierüber einzutreten, sei jedoch verfrüht, da auch die Studienpläne dieser Abteilung in nächster Zeit eine Revision erfahren sollen.

Wir hoffen, daß die augenblicklich vorhandenen Hemmungen sich überwinden lassen, und daß es gelingen wird, den Rechts-, Staats- und Wirtschaftswissenschaften auch bei den Prüfungen die Stellung zu gewähren, die sie bei ihrem hohen Wert für die Ausbildung der Ingenieure beanspruchen dürfen.

Wenn alle Hochschulen, wie wir hoffen, sich in ähnlichem Sinne äußern, dürften die Bestrebungen des Verbandes bald greifbare Erfolge zeitigen, die der Gesamtheit der Techniker und ihrem Ansehen in der Öffentlichkeit nur zum Nutzen gereichen. E. J. Siedler.

Aus dem Bericht des Preisgerichtes über den Wettbewerb Groß-Berlin

Entwurf: „Wo ein Wille, da ein Weg“. Verfasser: Havestadt und Contag in Berlin, Professor Dr.-Ing. Bruno Schmitz in Charlottenburg und Professor Dr.-Ing. Blum in Hannover — Vierter Preis —

(Schluß aus Nr. 5, Seite 20)

Um Freiflächen zu gewinnen, planen die Verfasser die Hinausverlegung eines Teils der Garnison aus dem Stadtinnern und wollen außer den bestehenden Militärschwerpunkten Potsdam und Spandau noch zwei weitere bei Bernau und Grünau schaffen, die große Übungsplätze erhalten und gute Eisenbahnverbindung mit dem Stadtinnern haben. Sie halten die Hinausverlegung eines Teiles der Garnison aus dem Stadtinnern als im militärischen Interesse liegend, weil jetzt in der Nähe der Kasernen keine ausreichenden Übungsplätze vorhanden sind und weil durch Aufgabe der vorhandenen Plätze, sowie der Kasernen große, wertvolle Flächen für die Bebauung gewonnen werden, ein Teil aber als Freifläche liegen bleiben muß. In monumentaler Weise wird der Moabiter Exerzierplatz und das Tempelhofer Feld umgestaltet, letzteres unter Erhaltung seines größten Teiles als Paradeplatz. Wünschenswert wäre es gewesen, wenn die Verfasser außer der großen Verbindungsstraße vom Tempelhofer Feld zum Bello-Alliance-Platz in der Verlängerung der Friedrichstraße noch weitere Verbindungsstraßen seitlich davon geplant und über den Kanal geführt hätten, da andernfalls unhaltbare Zustände für den Verkehr entstehen würden.

Auch die Friedhöfe in der Stadt werden aufgegeben; außer den bestehenden beiden Zentralfriedhöfen im Südwesten bei Stahnsdorf und im Nordosten bei Ahrensfelde werden noch zwei weitere im Nordwesten und im Südwesten geplant. Die aufgegebenen Friedhöfe in der Stadt werden als Freiflächen erhalten und zu Parkanlagen umgewandelt.

Die Wälder in der Nähe der Stadt, wie der Grunewald, die Jungfernheide, die Tegeler Forst, der Spandauer Stadtpark und die Wälder an der Oberspree bleiben erhalten und werden mit den weiter

außen liegenden Waldflächen sowie mit den Freiflächen im Stadtinnern durch Parkstraßen verbunden, ebenso auch untereinander. Sehr gut ist die Unterscheidung der Freiflächen, je nach ihrer zur Stadt näheren oder entfernteren Lage. Es wird ein Wald- und Wiesengürtel geschaffen, der aus einzelnen Wald- und Wiesenflächen gebildet ist, die durch große Ringparkstraßen verbunden sind und sich radial möglichst weit in das Stadtinnere einschleichen. Zwei Systeme der Radialparkverbindung sind besonders herausgehoben. Das eine von den Außenwäldern über die Jungfernheide, den Moabiter Exerzierplatz, Tiergarten, neue Potsdamer Prachtstraße, Tempelhofer Feld, Rixdorf zur Oberspree, das andere vom Inselfeichler an der Spree entlang zum Treptower Park und weiter nach den östlichen Wäldern. In diesen Wald- und Wiesengürtel ist auch ein Teil der Rieselgüter einbezogen.

Ein Teil dieser Freiflächen ist gärtnerischer Ausnutzung und der Anlage von Pachtgärten (Laubenkolonien) vorbehalten.

Die Industrie- und Landhausgebiete sind in glücklicher Weise um die ganze Stadt verteilt und dahin gelegt, wo die für sie erforderlichen Vorbedingungen vorhanden sind. Die Großindustrie erhält Wasser- und Eisenbahnanschluß; die Mittelindustrie jedenfalls Eisenbahnanschluß und das Kleingewerbe bleibt in der Stadt. Die Landhausgebiete liegen in den landschaftlich bevorzugten Gegenden in der Nähe der Wälder und Seen. Für Land- und Wassersport sowie für Flugplätze und Rennbahnen sind ausreichende Plätze in günstiger Lage vorgesehen. — In bezug auf Bauordnung, Straßendurchbrüche im Stadtinnern und auf Straßenprofile machen die Verfasser eine Reihe von Vorschlägen, die zum Teil recht bemerkenswert erscheinen und fruchtbare Anregungen enthalten.

Geheimer Baurat Eduard Endell

Wieder haben wir den Verlust eines Fachgenossen zu beklagen, den seine Wirksamkeit in weiten Kreisen bekannt und zugleich in hohem Grade beliebt gemacht hat. Sein jederzeit und gegen Jedermann lebenswürdiges und hilfsbereites Wesen sicherte ihm die Zuneigung von Hoch und Niedrig. So trauern wir mit den Angehörigen um den aus reicher Tätigkeit plötzlich herausgerissenen Kollegen.

Eduard Endell wurde am 26. November 1852 als Sohn des Geheimen Regierungsrats Endell in Potsdam geboren und verlebte seine Kindheit dort und in Merseburg. Nachdem er im Jahre 1873 das Abiturienten-Examen am Domgymnasium in Merseburg bestanden hatte, verbrachte er als Bauleute ein Jahr bei der dortigen Kreisbauinspektion. Im Herbst 1874 bezog er die Bauakademie in Berlin, diente 1875/76 als Einjährig-Freiwilliger beim 2. Garde-Regiment zu Fuß und legte die Bauführerprüfung im Jahre 1878 ab. Bei den Neubauten des Oberpräsidial- und Regierungsgebäudes sowie der chirurgischen Klinik in Königsberg erwarb er als Bauführer vielseitige praktische Erfahrungen und bestand im Jahre 1883 die Baumeisterprüfung.

Nach kurzer Beschäftigung in Münster kam er 1884 zum Bau des Gerichtsgebäudes nach Breslau und lernte hier seine spätere Gattin kennen, mit der ihn seit dem Jahre 1886 ein selten harmonisches Band einte, und die es mit ihrer schönen dichterischen Begabung verstand, seinem Hause bei allen festlichen Gelegenheiten eine gemütvoll-Weihe zu geben, so daß er sie noch vor kurzem seine Muse nannte. Vier Kinder sind dieser Ehe entsprossen, die beiden ältesten von ihnen in Stade, wohin der Vater zur Leitung des neuen Regierungsgebäudes im Jahre 1885 berufen worden war. Das ehrende Vertrauen, welches in dieser Berufung begründet lag, hat er durch die liebevollste Hingabe an seine Aufgabe zu rechtfertigen gewußt, und die in Stade verlebten Jahre sind ihm in bezug auf die berufliche Tätigkeit stets in angenehmster Erinnerung geblieben. Aber auch viele persönliche Beziehungen wurden dort geknüpft, die er teilweise bis an sein Lebensende pflegen durfte.

Von Stade wurde er im Jahre 1889 als Hilfsarbeiter ins Ministerium der öffentlichen Arbeiter berufen und trat zwei Jahre

später als Bauinspektor zur Ministerial-Baukommission über, wo er die Leitung der Universitätsbauten übernahm. Diese Stellung gab ihm reiche Gelegenheit, sein architektonisches Können und seine außergewöhnliche praktische Begabung zu betätigen. Neben zahlreichen kleineren Ausführungen war es vor allem der Neubau des zweiten anatomischen Instituts der Universität, der seine Kräfte in Anspruch nahm.

Auch die Mappen des Architekten-Vereins enthalten aus dieser Zeit manches schöne Blatt, das er bei den engeren Wettbewerben des Vereins beisteuerte. Wie er hierbei häufig als Sieger hervorging, so erzielte er auch bei öffentlichen Preisausschreiben manchen Erfolg, von denen hier nur die Entwürfe für den ersten Teil der Kaiser-Wilhelmstraße in Berlin und für das Rathaus in Steglitz genannt seien. Später hat er als Mitglied des Beurteilungsausschusses für Hochbau lange Zeit den Interessen des Vereins gedient.

Im Jahre 1893 wurde er mit einem Dezernat bei der Ministerial-Baukommission betraut und 1898 als Regierungs- und Baurat an die Regierung in Düsseldorf versetzt. Dort hat er sieben Jahre lang eine vielseitige fachliche Tätigkeit entfaltet und nicht nur zum Gelingen zahlreicher staatlicher Bauten erfolgreich beigetragen, sondern auch mit hilfsbereitem Rat die in rascher Entwicklung vorwärtstrebende Bautätigkeit des reichen Bezirks nach allen Seiten hin zu fördern gesucht.

Als im Jahre 1904 die Wanderversammlung des Verbandes der Architekten- und Ingenieur-Vereine in Düsseldorf tagte, ist er als Leiter des Redaktions-Ausschusses für das Gelingen des Werkes



„Düsseldorf und seine Bauten“ tatkräftig eingetreten und hat selbst mehrere Aufsätze geliefert. Ebenso hatte er schon früher an der Herausgabe des Werkes „Berlin und seine Bauten“ tätigen Anteil genommen.

Im Jahre 1905 kehrte er mit den Seinen nach Berlin zurück, um nun als Dezernent der Ministerial-Baukommission die Oberleitung über dieselben Bauten zu übernehmen, die er früher als Bauinspektor geleitet hatte. Daneben lag ihm aber noch die Fürsorge für zahlreiche andere große Staatsbauten ob, so in letzter Zeit für die Neubauten des Oberverwaltungsgerichts und des Kammergerichts. Diesen allen, wie auch der ihm übertragenen Ausbildung der jüngeren Fachgenossen widmete er sich mit dem gleichen liebevollen Eifer, so daß er durch wiederholte Auszeichnungen erfreut wurde.

Eine besondere Freude bereitete ihm in dieser Zeit auch das Schaffen seines eigenen behaglichen Heims am Fichtenberg in Steglitz, in dem er so gern Verwandte und Freunde vereinigte und welches unsere Abbildungen veranschaulichen.

Mehr aber als durch seine Tätigkeit und seinen Rat wußte er durch die vornehme Art, wie er denselben zu geben verstand, sich allseitige Verehrung und Zuneigung zu erwerben, so daß wohl keiner derjenigen, welche dienstlich mit ihm in Berührung kamen, ohne lebhaftes Bedauern auf die Lücke sieht, die der unerbittliche Tod nun gerissen hat. Ein tückisches Leiden, das wohl seit schon längerer Zeit sich vorbereitete, hat seinem segensreichen Leben und Wirken ein allzu frühes Ende gesetzt. K.



Die Vereinigung der Höheren Kommunalbaubeamten Preußens veröffentlicht zu der vielbehandelten Frage der Zulassung von technisch vorgebildeten höheren Beamten zu den leitenden Stellen im Staats- und Kommunaldienst folgendes:

Bei der Ausschreibung der erledigten Stelle des Ersten Bürgermeisters der Stadt Schönberg ist erfreulicherweise davon Abstand genommen worden, von den Bewerbern den Nachweis der Befähigung für das Richteramt oder den sogenannten allgemeinen Verwaltungsdienst zu verlangen.

Damit hat man einen veralteten Grundsatz preisgegeben, der außerhalb Preußens schon lange überwunden ist. Dies geht z. B. aus der Wahl eines Kaufmanns zum derzeitigen regierenden Bürgermeisters der Hansestadt Lübeck hervor, dessen Amt bisher nur Rechtskundige versehen haben, ferner aus der Beförderung zahlreicher Techniker zu Bürger-

meistern, Oberbürgermeistern und Ministern in Thüringen, Hessen, Baden und anderen Bundesstaaten. Wir weisen hierbei auf den Baurat Kuhn als Bürgermeister in Mainz, Baurat Stahl als Bürgermeister von Friedberg, Regierungsbaumeister Mecum als Oberbürgermeister von Gießen, Regierungsbaumeister Gnauth als ehemaligen Oberbürgermeister von Gießen und späteren hessischen Finanzminister und vor allem auch auf den verstorbenen badischen Finanzminister Honsell, der, wie alle Parteien ihm einhellig nachrühmen, im badischen Staatsministerium eine überragende Erscheinung gewesen ist und es wohl verstanden hat, in den Staatshaushalt Klarheit und Sparsamkeit hereinzutragen. Diese Beispiele beweisen, daß auch unter den Technikern Naturen voller Initiative, Tatkraft und Finanzbegabung zu finden sind.

Die Blüte neuzeitlicher Großstädte ist nicht zum mindesten durch die richtige Lösung technischer Probleme bedingt. N.